

Posener Zeitung.

№ 225.

Donnerstag den 27. September.

1849.

Berlin, den 26. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den General-Lieutenant und General-Adjutanten Freiherrn von Canitz und Dallwitz auf sein Ansuchen von der Leitung der Geschäfte des Deutschen Verwaltungsrathes zu entbinden und solche dem Staatsminister von Bodelschwingh zu übertragen; so wie den Geheimen Ober-Finanzrath Costenoble und den Geheimen Legationsrath von Le Coq zu Mitgliedern des Reichshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, und den bisherigen Obergerichtsrath Dr. Kiedel in Greifswald zum Regierungsrath zu ernennen.

Der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath und Direktor im Ministerium des Innern, von Puttkammer, ist aus Vorpommern, und der General-Major von Bonin von Kiel hier angekommen.

Deutschland.

Berlin, den 24. September. Der in der letzten ungarischen Erhebung oft genannte Serbenführer General Kucianin ist aus Wien über Breslau gestern hier angekommen. Er hat in Meinhards Hotel Quartier genommen, woselbst sein, in ein seltsames Gemisch von morgenländischer und abendländischer Tracht gekleideter Diener, der bis an die Zähne bewaffnet vor seiner Thüre Wache hält, das lebhafteste Interesse der Hotelbewohner erregte.

Berlin, den 24. September. (C. C.) Eine Deputation aus den sieben Kirchspielen der Landschaft Angeln, welche nördlich der provisorischen Demarkationslinie in Schleswig gelegen sind, war nach Berlin gekommen, um den König zu bitten, falls der Friedensschluß definitiv eine Demarkationslinie in Schleswig festsetzen sollte, nicht zuzugeben, daß diese deutschen Distrikte der Landschaft Angeln von Südschleswig abgerissen würden. Gestern Vormittag nach der Kirche hatte die Deputation Audienz beim Könige. Pastor Schmidt hielt einen längeren Vortrag, der vom Könige mit sichtbarer Theilnahme angehört wurde.

Als der gestrige Eisenbahnzug von Potsdam nach Berlin hinter Zehlendorf vorbeifuhr sah der Locomotivführer zwischen den beiden Gleisen einen Mann stehen, der durch seine Bewegungen die Absicht kund gab, sich auf die Schienen zu werfen. Der Locomotivführer bremste sogleich, allein es war zu spät. In demselben Augenblicke hatte der Mann sich vor die Lokomotive geworfen. Der Zug hielt an, um den Unglücklichen hervorzuziehen, dem beide Beine am Oberschenkel abgefahren waren. Es war ein junger Mann von etwa 26 Jahren und wohlgekleidet.

Neben dem Hardenbergschen Palais, in welchem sich die Bureau's und Kommissionsäle der zweiten Kammer befinden, ist jetzt ein besonderer Eingang für die Minister eingerichtet worden, welchen zu passieren außer den Ministern nur den Ministerialbeamten gestattet ist.

Herr Adam Köppler, der frühere Redakteur der Neuen Berliner Zeitung, beabsichtigt eine politische Wochenschrift für Staatspolitik, Geschichte und Literatur der Gegenwart unter dem Titel „Europäischer Zuschauer“ herauszugeben. Die Probenummern sollen dem Vernehmen nach schon in dieser Woche erscheinen.

Das Institut der Schutzmannschaft, welches gegenwärtig aus etwa 1600 Mann besteht, soll nicht nur, wie bereits vor einigen Tagen gemeldet wurde, reformirt, sondern auf 1000 reducirt werden. Die Rekrutirung soll in Zukunft ebenso, wie es bei der Gendarmarie der Fall ist, aus entlassenen Militärs geschehen. Oben so soll die Zahl der Lieutenantsstellen vermindert, und den Hauptleuten der verschiedenen Abtheilungen ein größerer Wirkungskreis angewiesen werden, da sie gegenwärtig im Verhältnis zu dem bedeutenden Gehalte, das sie beziehen nicht genügend beschäftigt sind. Die Reformirung wird wohl so lange beanstandet werden, bis die neue Organisation der Polizei ins Leben tritt, was aller Wahrscheinlichkeit nach bald geschehen wird.

Hannover soll sich dem Dreikönigsbündniß zurückgezogen haben und deshalb auch noch immer Anstand nehmen, seine Kammer einzuberufen, weil es befürchtet, daß diese sich dennoch für dasselbe aussprechen könnten und die Regierung dann genöthigt sein würde, Abgeordnete zum Reichstag wählen zu lassen. Deßungeachtet zweifelt man nicht daran, daß unsere Regierung den Reichstag im nächsten Monat einberufen wird.

Herr Kerst aus Meseritz, welcher bisher beim deutschen Marine-Ministerium zu Frankfurt am Main als Sekretär fungirte, gegenwärtig aber seiner Stelle vom Reichsministerium enthoben sein soll, weil er ein Preuße ist, befindet sich seit vorgestern in unserer Stadt.

Es ist jetzt von der Errichtung eines neuen Gymnasiums in Berlin die Rede, für welches das Mitglied der zweiten Kammer Dr. C. H. H. ist, jetzt Rector der lateinischen Schule in Halle, als Director bestimmt sein soll. Gegenwärtig hat Berlin sechs Gymnasien, von denen drei Königl. und drei städtischen Patronats sind.

In der heutigen Sitzung des rheinischen Revisions- und Cassationshofes wird wahrscheinlich die Entscheidung ausgesprochen, ob Abgeordnete der Rheinprovinz zur Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, welche nach ihrer Zurückberufung im Rumpfparlament zu Stuttgart fortgesetzt haben, strafbar sind. Bekanntlich hat

der Appellhof zu Köln gegen die Strafbarkeit sich ausgesprochen und das öffentliche Ministerium Cassation dagegen eingelegt.

Das zur Berathung in der Kammer entworfene Jagdpolizeigesetz enthält die Bestimmung, daß die früher maßgebend gewesenen polizeilichen Vorschriften durch die Provinzial-Landtage revidirt werden sollen. Zur Aufklärung über diesen Passus, der allgemeines und sehr gerechtfertigtes Aufsehen gemacht hat, können wir mittheilen, daß die alten Communal-, Kreis- und Provinzial-Landtage mit den durch die neue Bezirks- und Gemeinde-Ordnung gebotenen Modificationen zur Vorberathung aller bloß lokalen und provinziellen Gesetzgebungsakte ins Leben gerufen werden sollen. Die Vota der betreffenden Provinzialstände sollen dann in gewisser, durch ein Gesetz näher zu bestimmender Weise für die Kammern als die allgemeinen Landtage bindend sein.

Simson ist in der zweiten Kammer zum Berichterstatter für die ersten zehn Artikel der Verfassung gewählt. Der von ihm abgefaßte Bericht stellt die Beschlüsse der Verfassungskommission mit den Beschlüssen der ersten Kammer zusammen. Daraus ergibt sich, daß die Verfassungs-Kommission der zweiten Kammer alle diejenigen Artikel der Verfassung vom 5. Dezember unverändert gelassen hat, an welchen die erste Kammer nichts geändert hat. Eine Ausnahme hiervon macht nur der Art. 7. Bei diesem empfiehlt die Kommission der zweiten Kammer die unbedingte Untersagung aller Ausnahmegerichte und außerordentlichen Kommissionen. Der Zusatz: „Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden,“ ist als besonderer Artikel eingebracht. Dies ist deshalb geschehen, um diese Bestimmung von der Suspension durch Artikel 110 auszuschließen. Wie übrigens aus den Motiven und aus der Debatte in der ersten Kammer hervorgeht, war den Kammern die Auslegung, welche der Minister des Innern diesem Artikel gegeben hat, noch fremd. Herr von Manteuffel hat durch Rescript die Polizeibehörden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Artikel der Verfassung die Verhängung einer vierwöchentlichen Gefängnißstrafe und einer Geldstrafe bis zu 100 Rthlr. durch die Verwaltungsbehörden keineswegs ausschließt. Die Beschlüßfassung über die „Publicationsformel,“ welche die erste Kammer bis nach Berathung des Art. 60. ausgesetzt hat, empfiehlt die Kommission der zweiten Kammer bis nach vollendeter Revision zu verschieben. Bei Art. 2 (vom Staatsgebiet) ist, gleichwie in der ersten Kammer, der bekannte, die Interessen der Polen gewährleistende Zusatz mit 16 gegen 2 Stimmen von der Kommission der zweiten Kammer verworfen worden. Die „Neuschateler Frage,“ welche in dem Bericht der Kommission der ersten Kammer einer Erörterung unterzogen war, hat der vorliegende Bericht vermieden. Art. 1. 2. 3. 6. 8. 9. werden zur ungeänderten Annahme empfohlen. Art. 4. 5. sind in liberalerer Weise verschliffen, als von der ersten Kammer. Art. 7. der Verfassung hat eine wirkliche Verbesserung erfahren.

Hirschberg, den 20. September. Am 16. dieses besuchten Soldaten mit einem Unteroffizier, die in Erdmannsdorf einquartirt sind und Urlaub erhalten hatten, die Grenzbauden. Es wird nun erzählt, daß die preussischen Soldaten, als sie das hübnerische Lokal verlassen, die Grenze überschritten und den österreichischen Wäldern beschimpften und mit Roth bewarfen. Soldaten selbst erzählen überall die Geschichte und die Compromittirten sind bereits hier in Untersuchung.

Angerburg. Es reist beim hiesigen Seminar immer mehr die Unsitte ein, daß die Seminaristen das Holz — nicht nur fürs Lokal, sondern auch — für alle Lehrer kleinmachen, das Wasser in ihre Küchen besorgen, Weißbrot, Kaffee, Tabak u. einholen, kurz, Dienstbotenarbeit verrichten müssen. Dies berichtet wenigstens die Königsberger Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung, allein es klingt beinahe unglaublich.

Stralsund, den 22. Septbr. Wir haben in unserm Hafen eine recht stattliche Flotte von Kanonenböten, die bei geeigneter Gelegenheit schon etwas ausrichten kann. Die Mannschaften dieser Flotte gehen sehr nett und zweckmäßig bekleidet. Sie tragen, wenn sie auf der Straße erscheinen, eine blaue Matrosenjacke von gutem Luche, nebst gleichfarbigen Beinkleidern und als Kopfbedeckung einen kleinen Hut mit den messingenen Abzeichen K. M. (Königl. Marine). Es sind fast durchgehends schlank, wohlgebaute und kräftige Gestalten. Die Offiziere tragen einen Ueberrock nebst Epauletten und blaue Beinkleider. Außerdem tragen sie als Abzeichen in einer Scheide eine Art „Dolch“ mit einem Griff, der an einer feinen Kette von Messing, welche an dem Leibgurt befestigt ist, hängt. Mit dem Benehmen unserer Mariniers sind wir sehr zufrieden. Sie benehmen sich sämmtlich sehr anständig und so lange sie hier sind, ist noch nie ein Exceß von ihrer Seite begangen worden.

Münster, den 23. Sept. Temme hat folgendes Schreiben an den Regierungsrath Bracht in Recklinghausen, durch welchen ihm seine Wahl in Goesfeld angezeigt war, gerichtet: „Sehr geehrter Herr! Ihr Schreiben von gestern aus Goesfeld, wodurch Sie mich von der daselbst auf mich gefallenen Wahl benachrichtigen, habe ich heute erhalten. Ich sage Ihnen und den übrigen wackeren Wahlmännern meinen aufrichtigen Dank. Wie sehr die Wahl mich erfreut, gewiß

eben so sehr erfreuend und erhebend für mich ist die Festigkeit und Selbstständigkeit, welche die dortigen Wahlmänner durch meines Freundes Waldeck und meine Wahl, die Wahl zweier so bitter verfolgter Männer, an den Tag gelegt haben, in einer Zeit, wo der Verrath Einzelner und die Feigheit der Masse so großes und namenloses Unglück über unser armes Vaterland zu verhängen drohen. Ich bitte Sie, meinen Dank den Wahlmännern des Wahlkreises zur Kenntniß bringen zu wollen. Münster, den 19. Sept. 1849.“ — Temme ist noch einmal beim Appellationsgericht um seine Entlassung aus der Haft eingekommen. (Düsseld. Z.)

Hamburg, den 23. Sept. Im Herzogthum Schleswig wird's täglich bunter; dort, wie in Hamburg scheint man die Anarchie förmlich provoziren zu wollen. So sind in Schleswig am 17. von der Waffenstillstands-Verwaltung (vulgo Landes-Verwaltung) 14 seit dem 24. März 1848 erlassene Verordnungen und Gesetze, die von der provisorischen Regierung und der Stadthaltertschaft vorgeschlagen und von der Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung angenommen waren, annullirt worden; darunter befindet sich das Staatsgrundgesetz vom 5. Sept. 1848, so wie alle Akte, die in Folge der Machtvollkommenheit der Nationalversammlung und der Centralgewalt auch für Schleswig gesetzliche Kraft erlangt hatten; dagegen sind Dänische Fahnen und Kokarden dort wieder erlaubt worden. Wie man hört, soll Graf Eulenburg auch diesmal mit Herrn Tillsch in Dissens gewesen sein; diesmal habe, heißt es, Mr. Hodges den Ausschlag zu Gunsten Tillsch gegeben. Dieser schiedsrichterliche Spruch scheint jetzt auf das Zählen nach „gerade“ und „ungerade“ hinauslaufen zu sollen. — Bei dem Verbote der Schleswig-Holsteinischen Kassenanweisungen, als der ersten Differenz, behielt Tillsch, bei der Einschmuggelung Dänischer Beamten, als der zweiten, Eulenburg, bei der Annullirung der Gesetze wiederum Tillsch Recht; bei der vierten Differenz dürfte Kolonel Hodges sich für Graf Eulenburg entscheiden. Also haben wir noch bei Nr. 4, 6, 8 u. c. der Differenzen einige Hoffnung. Wenn uns die Sache nicht so furchtbar ernst wäre, man wäre fast versucht, sie höchst komisch zu finden. (N. Z.)

Kiel, den 23. Sept. Gestern ist vom Comod. Brommy unsere Kriegsmarine und die Seeoffizierschule inspizirt worden. Derselbe wird sich nach Eckernförde begeben und die Verhaltensmaßregeln in Betreff der Geseion anordnen. Obwohl schon unter Duckwitz, wie aus dessen Schrift zu ersehen, vom Reichsministerium unsere Dampf- und Kanonenboote als zur Reichsmarine gehörend, aufgeführt werden, ist doch bisher noch nichts zur Uebernahme derselben wie der See-Offizierschule geschehen, jedoch vermuthet man, daß zur Zeit Verhandlungen darüber gepflogen werden. Die Beurteilungen, von denen ich Ihnen schon früher schrieb, treten jetzt ein und die Studenten kehren zu uns zurück.

Rendsburg, den 23. Sept. Gestern kamen die bisher noch in dänischer Gefangenschaft gewesen, jetzt von ihren bei Friedericia erhaltenen Wunden geheilten Soldaten hier an. Sie beklagten sich nicht über die in Kopenhagen erlittene Behandlung, wohl aber über die Brutalität des Gouverneurs von Alsen, General de Meza, der sie in dumpfige Souterrains hat einsperren und auf dem bloßen Fußboden hat liegen lassen, bis sie von Sonderburg aus abgeliefert werden konnten. In der Nacht vom 21sten auf den 22sten d. M. ging von hier ein Train von Rüst- und schweren Blockwagen nach Eckernförde ab, welcher gestern Abend mit elf Stück groben Geschüzes, sieben aus dem Brack Christian VIII. und vier aus den Batterien und sonstigem noch dort befindlich gewesenem Kriegsmaterial auf hierher zurückkehrte.

Frankfurt a. M., den 22. Septbr. Es bestätigt sich aus zweifelhafter Quelle, daß die Unterhandlungen über die neue provisorische Centralgewalt dahin geziehen sind, daß im Wesentlichen die Einigung über das mitberatende Schiedsgericht allein noch übrig ist. Es ist nämlich in dieser Beziehung und zwar auf Veranlassung von Baiern in die Oesterreichischen Vorlagen aufgenommen worden, daß in Fällen, wo die beiden Deutschen Großmächte, welche die neue Centralgewalt (Reichskommission) bilden sollen, über Meinungsverschiedenheiten nicht zum Einverständnis gelangen können, immer drei Deutsche Könige zu Schiedsrichtern berufen werden sollen. Baiern und Hannover sollen jedes Mal, Sachsen und Württemberg wechselseitig als Schiedsrichter fungiren, und der Zweck dieser Anordnung ist, den Norden und Süden des großen Deutschen Vaterlandes auch hierbei möglichst gleichberechtigt zu stellen. In Berlin scheint jedoch dieses Projekt auf Einwendungen zu stoßen; dort will man vielmehr den ganzen engeren Rath der Bundesversammlung an dessen Stelle setzen. (D. A. Z.)

Frankfurt a. M., den 23. Sept. Oesterreich hat an seiner Mailändischen Gränze neuerdings stärkere Truppenabtheilungen zusammengezogen und die offene Erklärung abgegeben, daß diese Truppenanhäufung den doppelten Zweck habe, den Kanton Tessin zur genaueren und pünktlichen Einhaltung des von dem Bundesrath in Betreff der Flüchtlinge gefaßten Beschlusses zu nöthigen, und als Vorichtsmaßregel gegen die Anhäufung von Flüchtigen in Genf, sowie für die Eventualität des Uebertritts noch mehrerer deutscher Flücht-

linge nach der Schweiz zu dienen. Der Bundesrath hat übrigens die Regierung von Tessin bereits aufgefordert, sich die schnelle und buchstäbliche Vollziehung des eidgenössischen Flüchtlingsbetrags anzuzeigen, und es steht um so mehr ein Erfolg dieser Mahnung zu erwarten, als in den österreichischen Erklärungen unumwunden zu erkennen gegeben wird, daß man im andern Falle sich veranlaßt sehen könnte, zu Repressalien gegen die in der Lombardei ansässigen Bürger von Tessin zu schreiten.

Die Mittheilungen der Deutschen Reichszeitung über verschiedene Unterredungen des Reichs-Verwesers mit hiesigen Notabilitäten über den eventuellen Anschluß Frankfurts an das Dreikönigs-Bündniß, gelten hier in den bestunterrichteten Kreisen als völlig apokryphisch.

Die Karlsruher Zeitung vom 21. September schreibt: Denen, welche über die von dem Großherzog. Kriegsministerium ausgesprochene Strafverwandlung des Todesurteils gegen Corvin in zehnjährige Zuchthausstrafe erstaunt zu sein scheinen, mag zur Nachricht dienen, daß nach Aussage der Zeugen und nach vollständig beweisenden Urkunden Corvin es war, welcher hauptsächlich und gegen eine nicht unbedeutende Opposition die Uebergabe der Festung durchgesetzt hat. Diese Thätigkeit Corvin's, wodurch große Verluste an Leben und Eigenthum abgewendet wurden, war wohl geeignet, die Begnadigung zu veranlassen. Es hätten sogar die Richter hierin einen Milderungsgrund finden dürfen und sollen.

Augsburg, den 26. September. Das Stadtgericht zu Augsburg hat, wie die D. F. Z. und Vamb. Ztg. übereinstimmend melden, an einem der letzten Tage der verflossenen Woche auf Einstellung der gegen die Mitglieder des Stuttgarter Rumpfparlaments eingeleiteten Untersuchung wegen Versuch des Hochverraths und demnach auf Freilassung der verhafteten Blumröder, Haggenmüller und Maier erkannt. Der Staatsanwalt hat aber gegen diesen Spruch Berufung eingelegt, und so müssen die Genannten vorläufig noch in Haft bleiben. In der Pfalz hat die Staatsanwaltschaft bekanntlich das Ansuchen auf Einleitung einer Untersuchung gegen die dortigen Abgeordneten von vornherein zurückgewiesen.

Wiesbaden, den 20. Septbr. (Nat. Z.) Soeben ist nach einer fünfstündigen Sitzung unserer Kammer dieselbe verlagert worden. Obwohl nur die Civilliste auf der Tagesordnung war, so kam doch eine Vereinbarung über dieselbe nicht zu Stande, indem sowohl der Antrag der Majorität der Kommission, v. Eck, Bertram und Heydenreich, auf 300,000 fl. Civilliste, wie der von Bergens auf 250,000 fl., wie der von Hölzel auf 200,000 fl. die erforderliche Majorität nicht erhielten, wohl aber der Antrag Langs, bis zur Vereinbarung der Regierung den Wunsch zu erkennen zu geben, nicht mehr als 250,000 fl. inzwischens zu verausgaben. Der Minister von Wisingerode erklärte jedoch unmittelbar darauf, daß er diesen Beschluß resp. Wunsch der Kammer dem Herzog nicht vorlegen könne, nachdem er zuvor die Bereitwilligkeit zu fortgesetzten Vereinbarungs-Verhandlungen von Seiten der Regierung geäußert hatte.

Oesterreich.

Wien, den 23. Sept. Seit einigen Tagen befinden sich im Hauptquartier zu Aes wieder zwei Parlamente aus Romorn, um einen Vergleich wegen Unterwerfung herbeizuführen. Sollte ein solcher nicht zu Stande kommen, so soll ein Sturm gegen den Sandberg und Brückenkopf ausgeführt werden. Die Operationen gegen die äußeren Punkte der Festung werden fortgesetzt. Die gestrigen Gerüchte von erfolgter Uebergabe waren mithin bloße Wünsche.

Es wird mit Bestimmtheit berichtet, der Wiener Gemeinderath beabsichtige seine Entlassung in corpore einzuziehen. Der demnächstigen Aufhebung des Belagerungszustandes wird nun bestimmt widersprochen. Eben so wenig Grund hat die Kostrennung der Nordungarischen Slovakei als selbstständiges Kronland, welche einige Journale aus der wohlwollenden Aufnahme der betreffenden Deputation als unbezweifelt folgern.

Wien, den 23. September. Die jüngsten Rundschreiben des Ministers Bach haben gute Wirkung geleistet und namentlich ist an den böhmischen Beamten in Folge dessen eine thätige Beherzigung des §. 1 der Grundrechte wahrzunehmen. Auch auf deren fittliche Zustände wird durch die nicht mehr beschränkten Heirathskonsense gewirkt. Dadurch hören die wilden Ehen auf, in welchen bisher wegen der pharaonischen Geseßstrenge viele Hunderte lebten, und es ereignet sich jetzt oft, daß 50- und 60jährige Eheleute ihre Trauung vollziehen lassen, wobei eine muntere Ehelichkeit sich einfindet.

Der Stadt-Hauptmann und Ministerial-Rath Noe v. Nordberg bezeichnet fortwährend seine Antisemitik durch die unumsichtigsten und humansten Verfügungen. So werden nun auch die vielen, namentlich von fremden Touristen aufgegriffenen Klagen über das empörende Verhalten gegen Handwerksburschen und sonstige Zugreisende, aufhören. Diese mußten nämlich, wenn sie ermüdet von der Wanderung kamen, oft stundenlang im Hofe stehen, bis sie zu einem, gewöhnlich brutalen Verhöre zugelassen wurden. Jetzt aber ist den Beamten Humanität und Höflichkeit zur Pflicht gemacht, und es sind in dem erweiterten Passbureau Sitze angebracht, damit die müden Handwerksburschen das Durchsehen ihrer Wanderbücher sitzend abwarten können.

In der gestrigen Wiener Zeitung sucht ein Heirathslustiger von gesunder Natur ein Mädchen aus achtbarer Familie, welches ein jährliches Einkommen von wenigstens 1500 fl. Conv.-Münze, auch sonstige weibliche Tugenden hat, und gesunde Zähne nachzuweisen im Stande ist.

Olmutz, den 20. Sept. Das Schloß Müran, welches bisher als Korrekationsanstalt für den Klerus gedient hat, wird nun der Aufenthalt der politischen Gefangenen sein, die bisher den Spielberg bei Brünn bevölkerten. Der Spielberg wird zu einer förmlichen Citadelle, welche die Stadt hinreichend beherrscht, umgewandelt. Die Lokalitäten in Müran sind bereits kommissionaliter beaugenscheinigt

sie! worden. Das Schloß wird 2 Beamte, 1 Priester, 120 Mann Wachmannschaft und nicht weniger als 700 Gefangene enthalten. Für so viele muß wenigstens Raum vorhanden sein. (Neue Z.)

Prag, den 18. Sept. In den Blättern circulirte unlängst „aus dem Riesengebirg“ die Nachricht, daß der Bischof von Königgrätz einen neuen Ablass-, Gnaden- und Wallfahrtsort zu Forst errichtet habe, ohne hiezu eine Erlaubniß der Regierung eingeholt zu haben. Die heutigen Prazské Nowiny melden, daß in Folge dieser Nachricht das Bidszower Kreisamt alsogleich eine Commission nach Forst gesandt habe, um Erkundigungen über den Stand der Dinge einzuholen.

Peßth, den 20. September. (Nat. Zeit.) Aus sehr verlässlicher Quelle ward mir die Nachricht, daß laut offizieller Erhebung der flüchtige Landes-Gouverneur von Ungarn an sieben Millionen in Gold und Silber Privatvermögen nach England in Sicherheit gebracht habe. Dies weisen, wie erwähnt, Dokumente aus, und es fragt sich natürlich, wie hoch sich der Betrag belaufe, der erst noch nachzuweisen kommt. Da die Ungarische Staatsschuld nach den neuesten Rechnungsabschlüssen sich nicht höher als auf 62 Millionen beläuft, so hat Kossuth — von den etwa noch nachzuweisenden Summen abgesehen — binnen der Jahresdauer der Ungarischen Banknotenfabrikation die Deckung für den neunten Theil der Staatsschuld an sich gebracht und in barem Gold und Silber nach Großbritannien geschwärzt. Diese Verschönerung ist so ziemlich offiziell.

Larnow, den 18. Sept. Hier circulirt das Gerücht, daß der Pascha von Widdin — Kossuth und Dembinski dem russischen General v. Lüders bereits ausgeliefert, und dieser sie an den österreichischen General, Grafen Cam-Gallas übergeben habe. Die russischen Kriegsbedürfnisse, Transporthen gehen fortwährend der Heimath zu. Kosaken vom schwarzen Meere passiren in größeren Abtheilungen hier durch. Der russische Generalstab ist gestern eingerückt, und dürfte bis zur Beendigung der russischen Durchmärsche bei uns bleiben. So eben gingen auch 24 sechs-pännige Kanonen und weit über 400 russische Munitions-, Vagage- und Proviantwagen hier durch; die schönen Pferde indeffen, die wir beim Hinmarsche bewundert haben, sind kaum mehr zu erkennen. (West G.)

Frankreich.

Paris, den 21. September. Heute ist der Jahrestag der Verkündung der ersten Republik. Die republikanischen Blätter richten bei diesem Anlaß einen Aufruf an das Volk Seitens der Bergpartei. Es sollte heut auch ein großes Gastmahl vieler demokratischen Abgeordneten, der Zeitgenossen der ersten Revolution und sonstiger Häupter der republikanischen Partei stattfinden. Um indeß jede Collision mit der Polizei zu vermeiden, ist auch dieses Fest auf andere Zeiten verschoben worden.

Seit zwei Tagen wendet die Münze den neuen Stempel für die Fünffrankenstücke an. Eine Seite der Münze stellt einen schönen Frauenkopf dar, der mit Blumen, Aehren, Lorbeeren und Eichenlaub bekränzt ist. Eine um die Stirn geschlungene Binde trägt die Inschrift: Eintracht. Ein Stern strahlt über dem Kopf, und die Umschrift lautet: Französische Republik. Die Rückseite der Münze mit zweien, einen Kranz bildenden Palmzweigen, trägt die republikanische Devise: Freiheit, Gleichheit, Verbrüderung, so wie die Anzeige des Werths „5 Franken 1849.“ Auf dem Felde des Stücks liegt man die alte Inschrift: Gott schütze Frankreich.

Aus Konstantinopel soll die Nachricht eingegangen sein, daß die Pforte trotz der Vorstellungen des österreichischen Gesandten und des russischen Grafen Radziwill die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge entschieden ablehne; sie wolle dieselben in London interniren und stüge sich dabei auf den Rath des Englischen Gesandten Sir Stratford-Canning, wogegen der Französische General Rappin der Sache völlig theilnahmlos zusehe.

Unsere Regierung ist von der Griechischen in einer Note ersucht worden, keinen politischen Flüchtlingen fernerhin Pässe nach Griechenland auszufertigen, da man schon die jetzt in Athen befindlichen Flüchtlinge nach Aegypten oder Tripoli zu transportiren sich veranlaßt sehe. Lord Normanby macht nach seiner Rückkehr, ganz wie früher, dem Präsidenten der Republik und Hrn. v. Tocqueville vertrauliche Besuche. — Gestern hat die Polizei vor dem Laden eines Barbiers ein Schild weggewonnen, worauf eine weibliche Figur mit einer phrygischen Mütze, die rothe Republik vorstellend, die Könige rasirte. — Der gewesene Finanzminister der provisorischen Regierung von Baden, Advokat Grünisch, ist nach dreimonatlicher Haft in dem Gefängnisse zu Colmar auf Befehl des Justiz-Ministers freigelassen worden. — Lamarine, der sich bis zum 10. Dezember gegen L. Napoleon stets feindselig zeigte, sagt jetzt in einem seiner neuesten Aufsätze: „Ich war nicht persönlich mit dem Präsidenten bekannt, den die Nation durch ihr Votum an die Spitze der vollziehenden Gewalt stellte. Ich bildete mir ein, er sei, was meine republikanischen Vorurtheile und die von ihm selbst im Angesichte seines alten Gefängnisses zu Sam so edel verurtheilten Fehler seiner Jugend mich für mein Land fürchten ließen — leichtsinnig, ungestüm, ehrgeizig, begierig zu herrschen. Ich irrte mich. Die Jahre hatten seinen Geist gereift und das Nachdenken ihn aufgeklärt. Das Unglück hatte ihn umgewandelt. Ich habe den Präsidenten der Republik gesehen, beobachtet und kennen gelernt, und ich schulde der Wahrheit die Erklärung, daß in ihm der Mann zu finden ist, welcher auf der Höhe der gegenwärtigen Lage und der Pflichten gegen sein Land steht, ein Staatsmann mit richtigem und klarem Blicke, gutem Herzen, großem praktischem Verstande, aufrichtiger Redlichkeit und einer alles Prunkten ausschließenden Bescheidenheit. Ich sage Euch, was ich denke; ich habe kein Interesse dabei, zu schmeicheln, denn ich habe nicht mehr von ihm zu erwarten, als Jeder von Euch. Ich habe oft in meinem Leben etwas ausge schlagen, nie etwas nachgesucht. Aber ich glaube, daß die Republik glücklich gewesen ist und daß sie einen Mann gefunden hat, wo sie bloß einen Namen zu finden erwartete. Die Vorsehung leitete das Ergebnis der Wahlurne.“

Paris, den 22. Sept. Die Regierung soll Depeschen erhalten haben, wonach ein Bruch zwischen Napoléon und den Karabinieri mehr zu fürchten wäre, als je, und es wurde mit der Veröffentlichung dieser Nachrichten nur deshalb gezögert, weil man abwarten wolle, ob nicht die Schwierigkeiten in Rom nach Eingang der neuesten Nachrichten von den gegenseitigen Konzeptionen in den Konferenzen von Portici beseitigt sein würden.

In der gestrigen zweiten Sitzung des Concils wurden folgende Decrete verfaßt: Ueber die Autorität des apostolischen Stuhls, über die Würde und die Verpflichtungen der Bischöfe, über die Eintracht zwischen dem Erzbischof und seinen Suffraganen, über die Autorität und die Wiederholung der Concile, über die Kapitel und Verpflichtungen der Canonici, über die Geistlichen und ihre Amtshilfen, über die Einheit, die in dem Ritus und den Ceremonien beizubehalten sei.

Es scheint gewiß zu sein, daß in den Colonien die Reibungen zwischen den Negern und Europäern fortauern. Zu Pointe à Pitre hat ein ziemlich heftiger Straßentampf stattgefunden, in dem die Weißen die Oberhand behielten. Allein sie sollen sich sehr fürchten, daß der Sieg nicht immer ihnen bleiben werde, daß sie an eine massenhafte Auswanderung denken. Auch zu Cholet in der Bretagne kam es zu einem Kampfe. Die Weber haben sich gegen die Fabrikherren aufgelehnt, weil dieselben ihnen die verlangte Lohnerhöhung verweigerten. Bemerkenswerth ist, daß die Bauern vom Lande den Arbeitern zu Hülfe zogen. Es kam zu Flintenschüssen und Verwundungen.

In den hinterlassenen Memoiren von Chateaubriand ist erzählt, daß aus dem von Napoleon auf St. Helena bewohnten Zimmer nach seinem Tode ein Pferdestall gemacht worden ist. Diese Angabe ist richtig; ein Kaufmann von der Insel Maurice hat jetzt ein Pferd nach Frankreich gebracht, das in diesem Stall geboren ist und das er im Juli d. J. auf St. Helena von dem gegenwärtigen Eigentümer von Longwood kaufte. Derselbe will dieses Pferd dem Präsidenten der Republik zum Geschenk machen.

Großbritannien und Irland.

London, den 21. Sept. An dem großen Diner der Britischen Gesellschaft für Verbreitung der Wissenschaften in Birmingham nahmen auch der Preussische Gesandte, Ritter Bunsen, und der Französischer, Herr Drouyn de L'Épays, Theil. Der Präsident der Gesellschaft, Professor Robinson, wies, in Erwiderung auf einen Toast, den Herr Bunsen auf das Gedeihen der Gesellschaft ausgebracht hatte, darauf hin, daß von Alexander von Humboldt, dem berühmten Landmann des vorigen Redners, der erste Keim, die ursprüngliche Idee der Britischen Gesellschaft ausgegangen sei. „Was die gegenwärtige Menschheit zu wissen wünscht und hofft“, sagte Herr Robinson, „findet in dem Geiste jenes Mannes seinen Vertreter. In dem Verlaufe seines Lebens gab es keinen Zweig der Wissenschaft, den er nicht durch große und schätzenswerthe Resultate bereichert hätte. Ich weiß, daß er am Schluß eines langen und geachteten Lebens mit Stolz und Vergnügen auf jede unserer Versammlungen schaut, und ich hoffe, daß er noch lange der Stolz des wissenschaftlichen Europa's sein und noch lange dieselben freudigen Nachrichten empfangen möge, welche, wie ich weiß, von dieser Versammlung ihm zugehen werden.“

Der ernstliche Widerstand, den die Aufnahme von Sträflingen in der Kap-Kolonie findet, hat die Regierung veranlaßt, neue Instruktionen an den Gouverneur Sir Harry Smith zu schicken. Die in Portsmouth liegende Dampffregatte „Hecat“ hat mit dem elektrischen Telegraphen Befehl erhalten, sich reisefertig zu machen, um mit Depeschen nach dem Kap abzugehen. Nach den letzten Nachrichten vom Kap vom 2. August werden die Bestrebungen, mit Allen, die direkt oder indirekt die Einfuhr von Sträflingen begünstigen oder die Regierung Vorräthe liefern, welche zur Ernährung der Sträflinge dienen können, allen Verkehr abzubrecen, mit großem Erfolge fortgesetzt. Die Regierung der Kolonie stockt, denn da die Mehrzahl der Mitglieder des Kolonialraths ihre Entlassung gegeben und neue nicht eintreten wollen, so sind die nöthigen Geldmittel für die Regierung noch nicht bewilligt, und der Schatz ist leer. Einige Kolonisten, die auf die Aufforderung des Gouverneurs in den Kolonialrath eintraten, erlitten lebensgefährliche Mißhandlungen. In einer Proklamation vom 17. Juli verspricht der Gouverneur, die Sträflinge bis auf weitere Ordre nicht auszuschießen zu lassen.

Neulich fuhren 17 Wagen, mit Goldstaub und Goldbarren im Werthe von 5 Millionen Pfd. St. beladen, von dem Bahnhof der Südwestbahn nach der Bank; 85 Pferde zogen die Wagen, die von Polizeibeamten begleitet waren. Das Gold ist mit der „Calypso“ aus dem Stillen Meere nach Portsmouth gekommen.

„Die Canada“ ist nach 12tägiger Reise am 17. September von New-York in Liverpool angekommen. Unter den Nachrichten, welche die Canada bringt, steht die neulich erwähnte beabsichtigte Privatexpedition gegen die Insel Cuba im Vordergrund. Die angestrebte Zeit der Entwicklung dieses Dramas naht heran, und die Pläne gewinnen an Konsistenz. Oberst White ging mit 4 bis 500 Genossen von New-Orleans nach Round-Island nahe bei Mobile um die Zeit zum Absegeln nach Cuba zu erwarten. Fast 8 Tage lang wurde dieses durch unerwartete Zufälle verhindert, und der dort kommandirende Marine-Offizier befohl dem Trupp, auseinander zu gehen. Ohne Zweifel ist die Regierung über die Sache genau informiert. Ein mit Kriegsvorräthen und Waffen beladenes Schiff, nach Curaçao klarirt, war von den Behörden festgehalten worden, und im Lager der Abenteurer herrscht große Besorgniß. Die Mannschaft der Expedition soll aus 1500 Personen bestehen, die an einem von Truppen entblösten Theile Cubas landen wollen, was nicht schwer sein wird, da die ganze spanische Militärmacht auf der Insel nur 10000 Mann beträgt, die in Havana und den anderen größeren Städten nicht entbehrt werden können. Nach der Landung wollen die Ein-

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

19te Sitzung vom 22. September.

Präsident: Graf Schwerin.

Eröffnung 12½ Uhr.

Am Ministertische: v. Mantoussell, v. d. Seydt.

Präsident: Ich erlaube den Abgeordneten Oppenhof als Referenten der Kommission für das Gemeindefwesen hier Platz zu nehmen.

Referent Oppenhof liest den Schluss-Antrag folgenden Berichtes über den Gesetzes-Vorschlag der Ersten Kammer vom 3. September c., betreffend die Bürgerwehr: Die Kommission beschloß einstimmig, den §. 1. des Gesetzesvorschlags der Kammer zur Annahme anzunehmen.

Mit 11 gegen 3 Stimmen hat sich ferner die Kommission für Beibehaltung des §. 2. aussprechen müssen.

Der §. 3. endlich wurde, als auf nothwendiger Konsequenz der zwei vorherigen Paragraphen beruhend, fast einstimmig für gerechtfertigt erklärt. Hiernach beantragt die Kommission: die Hohe Kammer wolle beschließen, dem von der Ersten Kammer beschlossenen Gesetzesvorschlag vom 3. September d. J., betreffend die Aussetzung der Errichtung und Umformung der Bürgerwehr, ihre unbeschränkte Zustimmung zu ertheilen.

Präsident: Die Diskussion über den vorgelesenen Antrag ist eröffnet. Auch werde ich zuvor zwei eingegangene Verbesserungs-Vorschläge zu dem Antrage verlesen lassen. Nur der erste dieser Vorschläge, vom Abgeordneten Wenzler, welcher Verwerfung des Antrages der Kommission und nicht die Pflicht, aber das Recht zur Bildung einer Bürgerwehr festgestellt und geregelt wissen will, findet ausreichende Unterstützung.

Minister des Innern: Es ist eine gewöhnliche Erscheinung, daß, wenn man auf einen erlebten Zeitraum zurückblickt, den man überwunden hat, man gar oft die Neigung hat, das mehr als billig zu verachten, was gewesen ist. Doch muß man jeder Entscheidung eine Prüfung vorangehen lassen. Die Bürgerwehr ist eins von den Kindern der Umwälzung des vorigen Jahres: darum verdamme ich sie nicht. Das Institut der Bürgerwehr ward von Anfang an aus sehr verschiedenen Standpunkten betrachtet. Die Einen forderten sie zum Schutze der Ordnung, die anderen als das Eroberungs-Corps der Revolution. Die Regierung erkannte die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Organisation derselben; aber das Gesetz vom 17. Oktober hat sich nicht bewährt. In den Landgemeinden ist sie nicht zur Ausführung gekommen, weil die Voraussetzungen fehlten, von denen das Gesetz ausgeht; in den Städten ebenfalls nicht vollständig. Nur aus einer Stadt ist der Wunsch der Bestätigung des Bürgerwehrkommandanten ausgesprochen; dieser hat es aber vorgezogen, in Baden gegen die vaterländischen Truppen zu kämpfen. Ich glaube, daß es heilsam ist, vor dem Lande auszusprechen, daß das bisherige Bürgerwehrinstitut kein gutes ist. Uebrigens, glaube ich, wird es möglich sein, eine provisorische Bestimmung zu erlassen.

Abg. Ohm will Einiges gegen die Nothwendigkeit der Bürgerwehr sagen. In Dresden sei eine große Abtheilung der Bürgerwehr gewesen, welche den Aufstand herbeigeführt; in Leipzig sage man, habe die Bürgerwehr den Aufstand gedämpft; doch wenn er genau unterrichtet sei, so habe ein Professor der Philosophie mit einigen Kaufleuten mit den größten Anführungen nur den aufrührerischen Geist gedämpft. In Baiern habe in der 1817 mit der Verfassung eingeführten Bürgerwehr es sich gezeigt, wie er selbst bei seinem dortigen Aufenthalte erfahren, daß kein fleißiger Bürger ihr gern angehört habe. Ihr Verdienst sei, daß sie nie in Verlesung gekommen sei. Die beste sei die Pariser. Doch hat sie je eine Revolution verhindert, hat sie einen Versuch gemacht, den Einmarsch der Fremden zu verhindern? Im Mittelalter sei das etwas Anderes gewesen. Da habe der Bürger sein Eigenthum und seine Familie schützen müssen, jetzt dürfe er hoffen, daß wenn er in der Jugend seine Pflicht als Soldat gethan, im Alter die jüngere Generation, welche das Heer bildet, den Schutz für ihn übernehme. (Bravo.) Man sagt, die Bürgerwehr sei eine Verheißung, die erfüllt werden müsse. Doch wenn sich herausstelle, daß eine Sache schädlich sei, so sei es rathlich davon abzusehen, wenn man sie auch lebhaft gewünscht habe. Auch wir sind die Vertreter des Volkes: wir können im Namen desselben das Geschenk, das wir empfangen, dem hohen Geber zurückstatten, wenn er es annimmt. Wenn eine Siftierung durchaus nothwendig ist, so erwarte ich, daß die Bürgerwehren, welche ihre Pflicht gethan, um keinen Vorzug zu genießen, die Waffen zurückgeben werden; ich erwarte ferner, daß, wo die gefährdete Sicherheit das Befehlen einer Bürgerwehr erfordert, diese einen andern Namen annehmen werde, so daß sie nicht unter die Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes falle. Indem ich dem Kommissions-Antrage unbedingt beistimme, spreche ich zugleich den Wunsch vieler, besonders armer Berliner Bürgerwehrmänner aus, um so mehr, als der Haß der Stände durch dieses Institut vermehrt wird. Der Redner schließt mit einem Gemälde vom Leben des armen und reichen Bürgerwehrmannes unter Heiterkeit der Versammlung.

Abg. Wenzel: Ich bemerke im Voraus, daß ich nicht einverstanden bin mit dem Bürgerwehrgesetz vom 17. Oktober. Einen Fehler mache ich demselben besonders zum Vorwurfe, indem ein Paragraph desselben verleiten könnte, als sei die Bürgerwehr der Schutz der Freiheit gegen eine andere bewaffnete Macht, als betrachte man das Heer als einen Feind der Freiheit. Deshalb bin ich gegen das Gesetz. Wenn man aber die Bürgerwehr nur als eine Last auffaßt, wenn man es dem Volke für lästig erklärt, Waffen zu tragen, dann widerspricht man dem kriegerischen Sinne des Volkes. (Bravo!) Was diesen Sinn belebt, ist anerkennenswerth. Es ist an die Schützengilde erinnert worden. Aber man hat so fest an diesem Institute gehalten, weil es das einzige war, welches das Recht gewährte, Waffen zu tragen. (Bravo!)

Referent: Der erste Redner scheint der Kommission den Vorwurf zu machen, als wolle sie ein gegebenes Wort rückgängig machen. Das will die Kommission nicht, sondern die Organisation eines Institutes in Einklang mit der zu erwartenden Gemeinde- und Bezirks-Ordnung gebracht wissen. Ich halte dafür, daß im Allgemeinen gegen den Antrag der Kommission nichts Entscheidendes gesagt worden ist und empfehle denselben daher der Annahme.

Präsident hält die allgemeine Diskussion für geschlossen. In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der §. 1. des Gesetzesvorschlags vom Abg. Wenzler, dahin lautend: die allgemeine Pflicht zur Errichtung der Bürgerwehr wird aufgehoben

— verworfen, der §. 1. des Vorschlags der ersten Kammer aber angenommen.

Referent verliest verschiedene Abänderungsvorschläge der §§. 2. und 3. des Vorschlags der Ersten Kammer, die alle unterstützt werden.

Präsident erklärt die Diskussion für eröffnet.

Abg. Kühlwetter: Wenn auch das Institut der Bürgerwehr als beratender Körper in Uebung ist, so darf man doch deswegen das Ganze nicht verdammen. Wenn man die Bürgerwehren außer Thätigkeit setzt, so heißt dies, das Gesetz pure aufheben. Wenn man aber das Gesetz aufhebt, so handelt man verfassungswidrig, ungerecht und unpolitisch. Ich berufe mich auf §. 33. der Verfassung und auf das Gesetz vom 17. Oktober. In dieser noch zu Recht bestehenden Verfassung heißt es, daß die bewaffnete Macht aus Heer, Landwehr und Bürgerwehr besteht. Jetzt würde die Aufhebung ein unzweideutiger Verfassungsbruch sein. Jede Aufhebung eines bestehenden Gesetzes vernichtet auch das Rechtsbewußtsein, wenn nicht die Nothwendigkeit der Aufhebung unzweifelhaft ist. Ich habe ferner die vorgeschlagene Maßregel ungerecht genannt, da sowohl die vor dem Gesetze vom 17. Okt. als die nach demselben entstandenen Bürgerwehren davon betroffen werden. Ich habe mir vergebliche Mühe gegeben, Bürgerwehren, die nach dem Gesetze vom 17. Oktober errichtet sind, aufzufinden: nur eine kleine Stadt in Polen hat eine solche. Man würde ferner die guten mit den schlechten Bürgerwehren treffen. In der Stadt Wachen, die er vertritt, bestimme eine Bürgerwehr, die sich ihre Pflicht gethan habe. Ich halte drittens die Aufhebung für unpolitisch. Die Bürgerwehren haben sich schlafen gelegt oder fühlen, daß es Schlafens Zeit. Durch diesen Akt würde sie ihnen ein Sturzbad geben, welches dieselben von Neuem erwecken würde. Die Kommission hat die allgemeine Gleichberechtigung als Grund, daß alle Bürgerwehren außer Thätigkeit zu setzen sind, angegeben. Dieser Grund, man verzeihe den Ausdruck, enthält Humor. Selbst die Urheber der Menschenrechte würden es nicht Gleichberechtigung nennen, wenn man dem Einen ein Recht nicht lassen will, weil man es dem Andern genommen hat.

Abg. v. Ende (für §. 2.): Das Motiv des Gesetzes vom 17. Oktober v. Jahres sei ein unsittliches. Er könne keinem Bürger das Recht einräumen mit den Waffen zuzuschlagen, wenn derselbe nach seiner subjektiven Meinung gefährdet sehe. Es freut ihn übrigens, daß der Vorredner doch jetzt gegen das Bürgerwehrgesetz etwas auszusagen habe. Derselbe sei nicht immer der Meinung gewesen, er habe ehemals die Bestimmungen dieses Gesetzes vertheidigt und dabei den Anspruch gethan, daß keine Bürgerwehr je wagen würde, unwürdige Kandidaten zu Obersten vorzuschlagen. Wie es damit bestellt sei, ergebe sich aus der Mittheilung des Herrn Minister des Innern.

Abg. v. Sacken (gegen §. 2.): Keine Gemeinde werde die Bürgerwehr aufrecht erhalten, wenn sie nicht von der Nothwendigkeit derselben überzeugt sei. Wollen Sie den Bewegungen dieser Zeit keine Rechnung tragen? Ist es möglich, daß in solcher Zeit nicht mannigfache Uebelstände bei einem Institute ohne Organisation vorkommen? Wollen Sie darum das Ganze vernichten? Wenn es die Nothwendigkeit gebietet, einzelne Gesetze aufzuheben, so möge man es wenigstens nicht weiter thun, als es die Sicherheit des Staates erfordert. Hüten Sie sich, daß diese Versammlung nicht eine gesegnete werde, statt eine gesegnete zu sein. Dann werden Sie wahrhaft versöhnt und allen Stürmen entgegnet.

Abg. v. Kanitz: In Städten mit Garnisonen halte ich die Bürgerwehr für überflüssig, in kleinen Städten aber ohne Garnisonen für nützlich und nothwendig. Ich habe die Ehre, die kleine Stadt Nimptsch zu vertreten. In dortiger Gegend hausten im vorigen Jahre Banden ärger, als die Windsbraut; ohne Bürgerwehr wäre es dieser Stadt nicht möglich gewesen, jene Banden abzuwehren. Warum wollte man eine solche Stadt beschützen, eine Bürgerwehr zu haben, wenn sie solche wünscht? Ich versichere Sie, hätten Sie meine Erfahrungen gemacht, Sie würden nicht so radikal gegen die Bürgerwehr verfahren wollen; ich halte es für gut und nothwendig, denen ein Schutzmittel zu gewähren, die desselben bedürfen.

Präsident: Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen. Derselbe wird unterstützt und angenommen.

Nach einigen Schlussworten des Referenten, schreitet die Versammlung zur Abstimmung über §§. 2. und 3. der Vorlage der Ersten Kammer. Zu §. 2. wird der Namensaufruf beantragt und beschlossen. §. 2., also lautend: Die schon errichteten Bürgerwehren sind bis dahin außer Thätigkeit zu setzen, wird mit 153 gegen 138 Stimmen verworfen. Die Abgg. v. Kanitz, v. Seckendorf und Landfermann ziehen in Folge dieser Abstimmung die von ihnen gestellten Amendements zurück. Der Antrag des Abg. v. Griesheim auf namentliche Abstimmung wird nach einer längeren Debatte zwischen den Abgg. Hartmann, von Griesheim und von Kleist-Reckow über §. 57. der Geschäfts-Ordnung verworfen und §. 3. der Vorlage, also lautend: Die zur Ausrüstung von Bürgerwehren vom Staate verabreichten Waffen sind demselben zurückzugeben, angenommen und damit zugleich das vom Abg. Wenzler gestellte Amendement verworfen.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des Berichts der Kommission für das Justizwesen über die Anträge: 1) des Abg. v. Werdeck und Genossen, und 2) des Abg. v. Klübow und Genossen, betreffend die Revision des zum Schutze der persönlichen Freiheit erlassenen Gesetzes vom 24. Sept. 1848.

Minister des Innern: Ich kann nur bestätigen, was unter den Motiven der Kommission angeführt ist, daß die Regierung in wenigen Tagen zwei Gesetzentwürfe über diesen Gegenstand einbringen wird, von denen der eine sich allein mit denjenigen Personen beschäftigt, welche unter polizeilicher Aufsicht stehen.

Abg. v. Klübow zieht in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück. Da sich Niemand zum Worte gemeldet hat, so schreitet die Versammlung zur Abstimmung über das Kommissionsgutachten, betreffend den v. Werdeck'schen Antrag. Dasselbe wird angenommen.

Minister der Finanzen kündigt zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der Klassensteuerbefreiungen und die Einführung einer Einkommensteuer, an, und wünscht beschleunigte Berathung derselben, damit die dadurch betroffenen Personen schon für 1850 herangezogen werden könnten. Er stelle anheim, dieselben an die Finanz-Kommission zu verweisen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

bringlinge eine provisorische Regierung proklamiren; wer von den Truppen und dem Volke mit ihnen harmonirt, wird sich ihnen anschließen; mit wachsender Zahl wollen sie weiter vorrücken und endlich, wenn Alles nach ihren Voraussetzungen geht, die spanische Regierung aus der Insel vertreiben, einen freien und unabhängigen Staat proklamiren und die nöthigen Maßregeln ergreifen, um eine republikanische Verfassung und Regierung herzustellen.

Die Königin wird zum 28. d. M., auf der Osbornvilla (Insel Wight) zurück erwartet. — Sir W. Gomm, welchem bei der Befegung der Ostindischen Oberbefehlshaberstelle Sir Ch. Napier vorgezogen wurde, wird nun nach England zurückkehren.

Lucian Bonaparte, Fürst von Canino, der bei den Bewegungen in Rom kürzlich eine so große Rolle spielte, wird jetzt in Birmingham an dem dortigen Naturforscher-Kongresse erwartet. Am 24. wird ihm dort ein großes Fest gegeben werden.

Schweiz.

Genf. Dem kategorischen Befehle des Bundesraths entsprechend, hat die Regierung von Genf den H. H. Heinen und Struve ihre Signale abverlangt und dieselben unverweilt nach Bern gesandt. Hr. Heinen ist ganz bereit, die Schweiz zu verlassen; Hr. Struve aber scheint entschlossen, nur der Gewalt weichen zu wollen. In Folge dessen hat ihm das Departement der Justiz und Polizei befohlen, sich nach Bern zu begeben, um sich daselbst direkt mit dem Bundesrathe zu verständigen. Er wird in Genf nicht mehr geduldet werden.

Italien.

Rom, den 11. September. Die Französischen Soldaten sind musterhaft in ihrem Benehmen. In der Kommission für die öffentlichen Arbeiten ist ein Französischer Offizier, Frossard, welcher diejenigen, die sich mit Wuth gegen die Franzosen schlugen, vorzieht, denn er bedürfe energischer Männer. Die Soldaten geben den Aemtern einen Theil ihrer Nation. Keine Execution fand bis jetzt statt. Die Deputirten Imoler und Focella sind verhaftet worden. Ein Regiment Husaren ist in Civitavecchia angekommen. Ein Offizier gab einem Bürger in einem Kaffeehause eine Ohrfeige, weil er eine Cigarette, an welcher der Offizier die seine anzündet, zu Boden warf und zertrat.

Rostalan hat die vom Papste bewilligte Amnestie verworfen; man möge mit dieser Komödie enden. — Im Theater gab man Scitib's „Verleumdung.“ Die Römer klatschten Beifall wegen der Anspielungen; dies mißfiel den Franzosen. In Italien ist es Gewohnheit, mit Stock und Reitpeitsche ins Theater zu gehen. Gestern wurde dies in Rom verboten. Die Franzosen wollten den Römern das Gesetz machen, ohne es zu halten; das Publikum zwang jedoch 4 Franz. Offiziere, ihren Stock vor dem Saale abzulegen.

Ueber die persönlichen Ansichten und Absichten des Papstes sind wir sehr im Dunkeln. Dem bekannten wohlwollenden Charakter Pius IX. gemäß hat man sich im Allgemeinen gern dem Glauben hingegeben, er werde seinem Volke freisinnige Institutionen nicht vorenthalten wollen. Daher pflegte man fast Alles, was in Garta eine retrograde Richtung anzudeuten schien, nicht ihm selbst, sondern dem Einflusse seiner Umgebung zuzuschreiben. Wenn wir aus dem Tone einer Anekdote, welche der Papst vor Kurzem an den im erzbischöflichen Palaste zu Neapel versammelten Clerus gerichtet hat, er er demselben seinen Segen ertheile, auf seine Stimmung schließen dürfen, so müssen wir glauben, daß er mit sehr düstern Ahnungen in die Zukunft blickt und unmöglich viel Vertrauen auf die Einsicht seiner Unterthanen setzt. Die bei dieser Gelegenheit von Sr. Heiligkeit gesprochenen Worte lauten folgendermaßen: „Am 26. November des verflossenen Jahres schlug ich meinen Wohnsitz in Gesellschaft des frommsten der Fürsten und seiner erhabenen Gemahlin auf einem Felde auf, der noch die fromme Ueberlieferung von Wundern bewahrt, welche in dem Augenblicke stattfanden, wo Jesus Christus auf Golgatha den Tod erlitt, indem er durch sein kostbares Blut den Urtheilspruch unserer ewigen Verdammnis vernichtete. An jenem Tage warf ich mich vor dem Bilde des Kreuzes, ja vor dem erhabenen Sakramente nieder und betete, daß dem Fürsten, welcher mich begleitete, Friede gewährt werden möge. Ich flehte ferner Segen auf euch herab, meine geliebten Kinder jedes Ranges! Die Schlüssel der Vergebung, welche sich an mir erfüllen sollten, waren mir damals unbekannt; ich wußte nicht, daß ich euch von Angesicht zu Angesicht sehen und euch meinen Segen spenden würde. Darum flehe ich für euch, meine geliebten Kinder, und besonders für die jüngeren Mitglieder des Clerus, um den Segen, daß ihr eure Pflichten kennen möget. Die Völker, welche mehr, denn je, in Finsterniß wandeln, die von Tag zu Tag dicker wird, bedürfen eines Lichtes, sie zu führen, um die ihnen jeden Augenblick gelegten Schlingen zu bemerken, und in euch ihre Führer zu sehen. So seid ihr ihnen denn Führer durch Beispiel, Wort und Liebe. Geliebte Kinder! Prüfet sorgfältig die Gefahren eures Standes, um sie zu vermeiden; dieses wird euch gelingen, wenn ihr alles dessen gedenkt, was ihr an der Stätte eurer kirchlichen Erziehung so oft gehört habet. So seien denn eure Seelen gesegnet, und ich hege das Vertrauen, daß sie, nach dem Bilde Gottes geschaffen, ein Nachbild des göttlichen Urbildes, Jesu Christi, sein werden. Geseget seien eure Studien, eure Gebete, alle eure Handlungen. Mit diesem Wunsche ertheile ich auch den apostolischen Segen; werfet euch nieder und empfanget ihn.“

Genova, den 16. September. (Concordia.) Garibaldi, den man mit vieler Achtung behandelt, reist heute nach Tunis; die Regierung ließ ihn wissen, die Maßregel sei zeitweilig, in wenigen Monaten könne er zurückkommen. Er hat von der Regierung keine Unterstützung empfangen. In Nizza war Garibaldi im Triumph gleichsam herumgetragen worden. Auf seinem Wege rief Alles: Es lebe Garibaldi! Er schrieb am 15ten aus Genua einem seiner Freunde: „Lieber Freund, ich muß morgen nach Tunis abreisen. Ich danke dir und deinen hochherzigen Kollegen für ihre Dienste. Ich kann mich über Niemanden beklagen.“

Amerika.

In Folge der Gold-Entdeckungen in Kalifornien wird wohl jetzt der Plan einer Eisenbahn durch den ganzen Nordamerikanischen Kontinent bis an das stille Meer zur Ausführung kommen. Schon seit längerer Zeit hat sich ein Herr Whitney aus Neu York erbotten, den Bau dieser Bahn zu übernehmen. Die Bahn würde 2030 Englische Meilen lang sein. Hr. Whitney will die Bahn vom Michigansee anfangen lassen, bis wohin schon eine Dampfkomunikation von Neu-York aus besteht, und sie von da weiter nach Kalifornien führen.

